

Kammerer Zeitung

Vollstrecker für Kamen und Umgebung verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Mr. 20

Freitag, den 24. Januar 1919

47. Jahrgang

General Gröner über die Kriegsgewinne.

Im Juli 1917 überbrachte General Gröner, der damalige Chef des Kriegsamts dem Reichstag eine, erst jetzt bekannt gebliebene, Denkschrift über die Notwendigkeit eines staatlichen Eingriffs zur Regelung der Unternehmungsgewinne und Arbeitslöhne. Die Denkschrift beginnt damit, daß bei den Kriegseinsparungen der deutschen Industrie Opfer, materielle und andere, zu bringen seien, die nur in geringem Maße mitgeteilt haben, daß die Kriegsindustrie der deutschen Industrie nur in geringem Maße mitgeteilt haben, daß die Kriegsindustrie der deutschen Industrie nur in geringem Maße mitgeteilt haben.

Die Denkschrift führt weiter aus, daß die Industrie ganz außerordentlich durch den Kriegsgewinn zu einem großen Gewinn gekommen sei, der die Produktion der Kriegsgüter zu einem großen Gewinn gekommen sei, der die Produktion der Kriegsgüter zu einem großen Gewinn gekommen sei, der die Produktion der Kriegsgüter zu einem großen Gewinn gekommen sei.

Foch siegt über deutsche Frauen und Kinder.

Die französische Nachsicht ist so grenzenlos, daß sie menschlich überhaupt nicht mehr verständlich ist. Unter solchen Umständen hat Marschall Foch uns den Waffenstillstand gekündigt, um uns neue und noch schwerere Bedingungen auferlegen zu können, als selbst die bisherigen es waren. Er fordert von uns, angeblich wegen nicht vollständiger Erfüllung der früheren Vereinbarungen, die Herausgabe einer ungeheuren Anzahl von landwirtschaftlichen Maschinen und erläßt uns dafür gräßlich die Ablieferung der noch ausstehenden Lebensmittel und Fleischwaren. Marschall Fochs Vorgehen hat System, in der Tat! Er wünscht um jeden Preis seine nach ablaufende Nachschubverhältnisse als Oberkommandierender der Entente-Armee dazu zu benutzen, um das deutsche Volk so zu verelenden, wie es irgendwie möglich ist.

mernden Erkenntnis zusammen, daß Deutschland wirtschaftlich gekürzt werden muß, einmal, um dem Volkswirtschaftsstand den Boden unter den Füßen zu entziehen und zum anderen, um das deutsche Volk wieder in die Lage zu versetzen, sich wirtschaftlich zu erholen, so daß es ihm die auferlegenden Entschädigungen zu zahlen vermag. Marschall Foch führt Krieg gegen Säuglinge und Kinder, da er ihre Mütter nicht zu besorgen vermag. Was schert ihn alle Politik, wenn nur sein Nachdruck gekürzt werden kann.

Die Entente-Bedingungen für Lebensmittelmittel.

Ueber die in Trier geflochtenen Verhandlungen wegen der Lebensmittelmittel, die der Unterstaatssekretär Braun folgendes mitteilt: Schon vor unserem Eintreten in Trier sind mit der Waffenstillstandskommission ohne unsere Mitwirkung die Verhandlungen auf das Drängen von Foch so weit geführt worden, daß wir auf die Regelung der grundsätzlichen Fragen keinen Einfluß mehr hatten. Es war bereits festgelegt, daß Lebensmittel nur gegen Bezahlung in Gold oder fremden Devisen geliefert werden und die gesamte deutsche Handelsflotte zur Verfügung gestellt wird, um die für die Versorgung Europas mit Lebensmitteln erforderlichen Transporte zu ermöglichen. Eine gewisse Versorgung Deutschlands ist sicher zu stellen. Die mit den Vertretern von Amerika und der Entente über die Lebensmittel-Einsparungen geflochtenen Verhandlungen beschränken sich daher nur auf die Ausführung der bereits festgelegten Bestimmungen. Nach dem Stand der Dinge während des Waffenstillstandes nur eine Notausstattung an Lebensmitteln in Höhe von etwa 30 Millionen Dollar für Kleinkinder, werdende und stillende Mütter und einzelne besondere Arbeiterkategorien zu folgen kann und zwar nur unter der Bedingung, daß vorher die gesamte handelsflotte der alliierten Regierungen zur Verfügung gestellt wird. Werden die Bedingungen erfüllt, so kann damit gerechnet werden, daß in zwei bis drei Wochen mit der Lieferung der Lebensmittel begonnen werden wird. Die Mengen von Lebensmitteln, die für den Bedarf von 30 Millionen Dollar eingebracht werden können, sind bei der hohen Weltmarktpreise nicht sehr erheblich, sie werden sich nach den von uns geltend gemachten Ansprüchen vielleicht auf 70 000 Tonnen Speisegetreide, 50 000 Tonnen Weizen, ferner auf gewisse Mengen von kondensierter Milch, Saftmehl, Reis und Fleischpräparate belaufen. Es wurde mit den Vertretern der Entente und Amerika auch über die weitere Versorgung Deutschlands verhandelt. Dabei haben diese die Erklärung ab, daß die Weltmärkte an Getreide und Getreide ausreichten, um die ganze Welt ausreichend zu versorgen. Die Versorgung Deutschlands hängt nur von der Erfüllung der gestellten Bedingungen ab. Es ist also erforderlich, daß wir uns durch die Ausfuhr von Kohlen, Stahl und Industrieerzeugnissen so rasch wie möglich Lebensmittel im Ausland beschaffen, mit denen Lebensmittel bezahlt werden können, denn darüber darf man sich nach der Haltung unserer Freunde keine Täuschung hingeben, gegen Kredit oder deutsches Geld liefert uns Amerika nichts. Wir können uns die Zufuhr von Lebensmitteln nur durch angestrenzte Arbeit sichern und nur die sofortige Rückkehr zur Arbeit kann uns vor dem Verhungern retten.

Was wird aus unserem Volkvermögen, wenn die Unsicherheit im Lande fortdauert? Ist alsdann noch auf ein nennenswertes Ergebnis der Kriegsgewinne und Vermögenssteuer zu rechnen? Man sehe sich die kurze Liste der führenden Werte an, und zwar am 15. Juni 1914, 31. Dezember 1917 und 30. Dezember 1918: Deutsche Bank 233, 263, 205, Reichsbank 221, 322, 190, Harzer 177, 214, 168, Rhönthal 235, 267, 194, Dabmer 391, 473, 175, Deutsche Wäpfer 344, 424, 152, Rheinmetall 102, 627, 156, Allg. Elect.-Gesellschaft 212, 232, 170, Bad. Anilin 594, 618, 270, Aluminium 232, 502, 605. Bei der A. G. mit 200 Mill. Aktienkapital beträgt der Kursverlust im Jahre 1918 nicht weniger als 124 Mill. und bei der Rheinischen Metallwaren-A.G. bei 12 Mill. Kapital 27 Mill. Verlust.

Diese Fälle sind typisch. Dehnt man diese „Verheerung der Kriegsgewinne“ aus, so wird für die Erfassung der Vermögen nicht viel übrig bleiben. Das Kapital sammelt sich bei den Banken als Depositen, bei den Sparkassen als Einlagen an; stets ein Zeichen, daß das wirtschaftliche Leben stockt. Im Frieden betrugen die Einlagen bei den Sparkassen rund 900 Millionen Mark, 1917 sind sie auf 4 Milliarden und 1918 auf rund 7 Milliarden Mark gestiegen. Hypothekengelder sind wieder mehr angeboten, so daß der Zinsfuß sinkt. Auf dem Hypothekens- und Grundstücksmarkt zeigt sich mehr Leben. Der Notenumsatz der Reichsbank war Ende Dezember rund 22 Milliarden, der Umlauf an Darlehensschuldscheinen betrug rund 10 Milliarden. Diskontierte Wechsel und Schagansweisungen betrugen rund 22 Milliarden.

Eine deutliche Sprache gegen die Polen.

(W) Die preussische Regierung hat folgendes Telegramm an den Obersten polnischen Volksrat in Posen gerichtet: „Das Generalkommando Frankfurt-Oder hat uns ein Telegramm des polnischen Volksrats betreffend Geiseln und Re-

pressalien-Politik übermittelt. Wir weisen den Vorwurf unheimlicher Behandlung ebenso zurück, wie die Organe als unheimlich zu erheben, aber auf Grund zuverlässigen Tatsachematerials gegen die polnischen Organe die schwere Anklage nicht nur unheimlicher Behandlung, sondern sogar mehrfacher grausamer Mordtaten. Insbesondere tragen uns Nachrichten über die Ermordung des Gutsbesizers von Haza und sechs anderer Gutsbesitzer im Kreisgebiet vor. Wir machen alle Beteiligten für widerrechtliche Schädigung, welche deutsche Staatsangehörige an Leib, Leben oder Eigentum erleiden, persönlich haftbar. In der Erwartung, daß dortselbst gleichmäßig vorgegangen wird, haben wir an unsere Organe die Bitte gerichtet, daß einseitigen keine Geiseln mehr festgesetzt werden und uns ein Verzeichnis sämtlicher bisher festgesetzter Geiseln einzureichen sei. Wir sind zu Verhandlungen über beide eintzige Freilassung aller Geiseln bereit. Wir setzen zunächst die Freilassung eines Verzeichnisses der von polnischen Seite festgesetzten Geiseln entgegen. (G.) Strich.

Tagesereignisse.

Seinen 60. Geburtstag feiert am nächsten Montag (27. Januar) der frühere deutsche Kaiser in seinem Güt auf holländischem Boden. Der „Temps“ meldet: Der deutsche Kaiser ist von neuem erkrankt.

(Ankündigung der Vorbereitungen in Weimar.) Die Vorbereitungen zur Nationalversammlung werden hier unter Leitung des Obererziehungsrats Schütz aus Berlin mit Hochdruck betrieben. Die umfassenden Arbeiten beanspruchen große Umänderungen im Nationaltheater, wobei das ganze Parterre ausgebaut wird, um die Sitz- und Stühle aus dem Zuschauerraum aufzunehmen. Für die Telegraphen- und Fernsprecheinrichtungen wird ein ganzes Schulgebäude eingerichtet und mit einem Heer von 250 Beamten unter Leitung eines Telephoningenieurs des Reichspostamtes in Berlin besetzt werden. In zwei Gebäuden in unmittelbarer Nähe des Theaters wird eine Schutzhütte ausregierungsarmen Truppen untergebracht werden. Das großherzogliche Schloss ist bis auf die Privatzimmer des Großherzogs und die Diener immer für die Reichsleitung und ihren Stab mit Beschlag belegt. Zur Unterbringung des Telegraphen- und Fernsprecheinrichtungen wird eine funktionstüchtige Verbindung mit Berlin hergestellt. Bezüglich der Verabfolgung werden die Abgeordneten und die Pressevertreter zu gemeinsamen Maßnahmen seitens der Stadt bereitgestellt. Die militärische Besatzung Weimars wird schon in den nächsten Tagen bedeutend vergrößert werden.

(Reichsfinanzkonferenz.) Wie der Münchener Vertreter der „Zagl. Wsch.“ zuverlässig berichtet, wird auf Vorschlag der Bundesstaaten am kommenden Dienstag eine Reichsfinanzkonferenz in Weimar abgehalten werden, an der die Finanzminister aller Bundesstaaten und der Reichsfinanzminister teilnehmen werden. Es handelt sich um eine gemeinsame Besprechung aller dringenden Finanzfragen.

(Das preussische Staatsministerium gegen den Reichsdressurgesetz.) Das preussische Staatsministerium tritt heute zu einer Sitzung zusammen, um zu dem Entwurf der Reichsverfassung Stellung zu nehmen. Das preussische Ministerium erklärt den Verfassungsentwurf in der letzten Form für unannehmbar. Es erblickt in der Verwirklichung der Vor schläge eine außerordentlich große Gefahr für das Fortbestehen Preussens. Die preussischen Minister werden den Entwurf der neuen deutschen Verfassung mit aller Entschiedenheit bekämpfen und darauf hinwirken, daß nur gegen ihren ausdrücklichen Willen eine Verfassung beschlossen werden könne, die mit der Verfassung Preussens gleichbedeutend sei.

(Graf Brodorski-Rankau über den Anschluss Deutsch-Österreichs.) Der Berliner Mitteilungsblatt der Wiener „Neuen Fr. Pr.“ hatte eine Unterredung mit dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Grafen Brodorski-Rankau, in der sich dieser über den Anschluss Deutsch-Österreichs äußerte. Er sagte u. a.: Ich zweifle nicht daran, daß die Nationalversammlung es als eine ihrer ersten Aufgaben betrachten wird, den Einigungsgeboten kräftig zu betonen. Die Widerstände, die sich dieser Vereinigung vorläufig noch entgegenstellen, sind mir wohl bekannt. Von unseren Gegnern hat sich leider allein Frankreich unbedingt dagegen ausgesprochen, und andererseits machen sich innere Widerstände einzelner wirtschaftlicher Interessenten und gewisser noch abgerundeter politischer Kreise in Deutsch-Österreich gegen den Anschluss bemerkbar. Hier bin ich optimistisch, daß die großen nationalen und politischen Beweggründe, die für den Anschluss sprechen, über die Politik, des die Vereinigung bisher bekämpften verhältnismäßig kleinen Kreises hinweg den Anschluss doch verwirklichen werden. Alle Deutschen, sowohl in Deutschland als in Deutsch-Österreich, sollten sich in diesen entscheidenden Tagen darüber klar sein, was für die Zukunft auf dem Spiele steht und über die unvermeidlichen sozialen und parteipolitischen Kämpfe des Tages das große historische Ziel einer Wiedervereinigung nicht aus dem Auge verlieren.

(Rein schärfer Präliminarfrieden.) Nach Meldungen aus Paris ist der Antrag

Deutschlands, einen schnellen Präliminarfrieden abzuschließen, von den Alliierten abgelehnt worden. Die Entente könne mit Deutschland nur auf Grund eines ordentlichen Friedensvertrages verhandeln. Deutschland könne nur so zum Frieden kommen.

(Amerikas Entschlossenheit über den Verratsimperialismus.) Der „Schweizer Presse-Telegraph“ meldet große Aufregung in Amerika über die imperialistischen Tendenzen der Friedenskonferenz. Senator Johnson wird im Senat eine Motion betr. die Abberufung der ganzen Friedens-Delegation einbringen. Maßgebende amerikanische Kreise glauben, daß Wilson mit seinen Völkerverbündeten auf der Konferenz nicht durchbringen werde.

In Hamburg wurden die von den Spartakisten noch besetzt gebliebenen Wachen und Gebäude vollständig gesäubert. Von den Sicherheitsmannschaften wurden durch Schüsse vier schwer und mehrere leicht verletzt. Auf der Gegenseite sind bisher zwei Tote festgestellt. Die Anzahl der Verletzten ist noch nicht ermittelt. Donnerstag früh 10 Uhr wurde der Belagerungszustand aufgehoben. Der Hamburger Hauptbahnhof wurde gestern früh noch von allem Personenverkehr ausgeschaltet.

Der polnische Vormarsch ist auf den ganzen polnischen Front zum Stillstand gekommen. Die Polen sind 10 Kilometer von Bromberg in ihrem Vorwärtse stehen geblieben. Thorn ist bis jetzt überhaup nicht bedroht. Der Front des verstärkten und jedenfalls wohlorganisierten deutschen Widerstandes macht sich an der ganzen Front bemerkbar.

Der Streik im oberösterreichischen Kohlenrevier ist noch nicht abgeklaut. Die Zahl der Streikenden beträgt noch immer 30 000 Mann. Die Arbeiter fordern, nachdem sie die Forderung auf eine Entschädigungszulage von 800 Mark aller gelassen haben, nunmehr die Verabfolgung der Streikschäden. Der Arbeitgeberverband hat zu dieser Forderung noch nicht Stellung genommen. Der Streik dürfte also vorläufig noch andauern.

(Der zehntägige Arbeitstag in den besetzten Gebieten.) Die deutsche Waffenstillstandskommission teilt mit: Das französische Oberkommando hat im Betrieb der Eisenbahnen des besetzten Gebietes vom 20. Januar ab die Einführung des zehntägigen Arbeitstages anstelle des bestehenden Achtstundentages beschlossen. Gegen diese dem Waffenstillstand zuwider laufende Maßregel hat die deutsche Waffenstillstandskommission in Spaa am 22. Januar eine Protestnote überreicht. Es wird darauf hingewiesen, daß schon vor der Besetzung der kaiserlichen Gebiete durch die Alliierten in ganz Deutschland die achtstündige Arbeitszeit eingeführt wurde. Wenn nunmehr für die Eisenbahnen des besetzten Gebietes diese Maßnahme wieder rückgängig gemacht werde, so seien hierdurch die bedeutendsten Auswirkungen zu befürchten. Die deutsche Arbeiterkraft sei in der Einführung des Achtstundentages eine der wesentlichsten Errungenschaften der Umwälzung in Deutschland. Es müsse daher gegen die Verringerung des Achtstundentages nachdrücklich Einspruch erhoben und um Aufhebung der den deutschen Arbeitern und Beamten auferlegten Zwangsmaßnahmen ersucht werden.

(Irland zum britischen Kronland erklärt.) „Newport World“ erhielt ein Telegramm aus Dublin, wonach Irland zu einem Kronland erklärt wird. Lord Brench soll bereits die nötigen Maßnahmen e. h. l. n. haben. Eine Bestätigung dieser überlieferten Nachricht ist bisher von anderer Seite nicht zu erhalten gewesen.

(Die englische Arbeiterbewegung.) Der Bergarbeiterverband von Großbritannien hat in einer Konferenz in Southport einen Kriegsfreistief für die Industrie zur Unterbreitung für die Regierung einstimmig angenommen. In diesem wurde die Nationalisierung aller Berg- und Kohlenbetriebe, Sechstundentag für Arbeiter, weitestgehende Entschädigungen für invalide Bergarbeiter sowie für Bergarbeiter, die durch die Demobilisierung arbeitslos werden, gefordert. Der Bergarbeiterverband droht mit dem Generalstreik, falls diese Forderungen von der Regierung nicht vollständig bewilligt werden. Wie aus London gemeldet wird, dauert die Streikbewegung in England fort. Zu Yorkshire wurde beschlossen, daß 150 000 Mitglieder der Grubenvereinigung in den Ausland treten sollen. Eine Verammlung der Nationalvereinigung der Eisenbahnbeamten beschloß, am 3. Februar in den Auslands zu treten, falls bis dahin der Achtstundentag und das Nationalprogramm nicht angenommen seien. In Schottland wird für nächste Woche ein Generalstreik vorbereitet. Berlangt wird eine Arbeitswoche von vierzig Stunden,

Das endgültige Ende der Kleinstaaterei.

Mit einem Schlage macht der vom Staatssekretär Preuss vorgeschlagene Verfassungsentwurf, falls er von der Anfang Februar zusammentretenden Nationalversammlung angenommen wird, einem der ältesten und unheilvollsten Erbfeinde der Deutschen ein Ende. Nicht nur die einzelnen deutschen Teilstaaten, sondern auch das Reich haben ihre bisherige Form aus Ermüdungen vornehmlich dynastischer Natur erhalten. Selbst die von Bismarck festgelegte Reichsverfassung von 1871 war aus der auswärtigen Politik Preussens hervorgegangen. Für seinen Schöpfer war auch der deutsche Reichstag nur Mittel zum Zweck, um die Stellung der einzelnen Obrigkeitsebenen, und an ihrer Spitze die der preussischen Obrigkeitsebene, in die veränderten Verhältnisse hineinzufügen. Noch mehr gilt das vom Bundesrat. Es ergab sich daraus von vornherein die überragende Rolle des preussischen Staates über die anderen Bundesstaaten. Schon durch das Schwergewicht seiner Bevölkerung von 4 Millionen, die nicht weniger als vier Sechstel aller Reichsdeutschen umfassen, war der preussische Staat ein Staat im Staate, gegen den der Einfluss aller anderen Teilstaaten am Rande in völlige Hilflosigkeit versank. Auf der anderen Seite aber gab und gibt es noch immer im Reich eine ganze Anzahl von kleinstaatlichen Teilstaaten, von denen jedes mit einem eigenen Staatsoberhaupt und einer eigenen Volksvertretung beglückt war und im übrigen ganz Politik auf eigene Faust trieb. Der preussische Entwurf sieht nur das Ausgehen aller dieser Kleinstaaterei in eine kleine Anzahl von mittelgroßen Republiken vor. Jedes

Staatswesen unter 2 Millionen Menschen hat nach ihm das Recht auf eigene Existenz bewahrt. Nach einem, dem Entwurf beigefügten Vorschlag, zerfällt das Reich in vier bis fünf gleichmäßige Republiken, von denen nur die beiden Großstädte Berlin und Wien reichsunmittelbare Distrikte bilden sollen. Der frühere preussische Staat wird in vier bis fünf Einzelstaaten geteilt, gemäß den besonderen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen seiner bisherigen Landestelle. Es liegt auf der Hand, daß dadurch die innere Struktur und das innere Gleichgewicht des deutschen Gesamtstaates in nie geahnter Weise gestärkt werden muß. Auch der bisherige Gegensatz zwischen Nord und Süd, Ost und West wird dadurch beseitigt. Die Eifersüchteleien der Vergangenheit haben sich ja niemals gegen das Reich als solches, sondern immer nur gegen das bisher übermächtige Preussen gerichtet. Eine der Leitlinien des Entwurfes ist die Feststellung, daß die deutsche Republik nur die demokratische Selbstorganisation des deutschen Volkes als einer politischen Gesamtheit sein kann. Dafür wird so der beste und vielleicht einzig gangbare Weg gewiesen. Denn Demokratie heißt nicht nur Gleichberechtigung des Einzelnen, sondern auch demokratische Organisation der Gesamtheit. Vollkommen demokratisch gedacht ist auch die vorgeschlagene Organisation der Reichsleitung und der Volksvertretungen. Nach amerikanischem Muster wird der Präsident direkt vom Volke gewählt und ernannt; seinerseits den Reichskanzler und das Reichskabinett. Diese wiederum sind dem Reichstag verantwortlich, auf dessen Weisheit sie sich stützen müssen. Anstelle des Bundesrats tritt ein Staatenhaus, anstelle des bisherigen Unterhauses ein Volkshaus. Das Volk selbst also ist in allem befreit von alter Klassenherrschaft und von Kleinstaaterei, die erste und die letzte maßgebende Instanz.

Achtung, Mittelstand!

Laß dich nicht irre machen durch schöne Wahlversprechen!
Die Sozialdemokratie erhebt die Forderung der Beseitigung der Betriebe; sie ist also der Todfeind des Mittelstandes.
Die demokratische Partei ist geschaffen vom Großkapitalismus; seinen Interessen macht sie dienbar, wer ihr beitrifft.

Die deutsche Volkspartei

Bekämpft gleichmäßig den Sozialismus und das internationale Kapital. Sie will den starken Ordnungssinn, dessen Rückgrat die wirtschaftlich Selbständigen sind.

Sie fordert daher für den Mittelstand:

1. Großzügige Staatshilfe zur Beseitigung der Kriegsfolgen, besonders Beschaffung von Kredit und Rohstoffen und durchgreifende Maßnahmen zur Wiederaufnahme der Arbeit.
2. Schutz des Handwerks gegenüber dem Wettbewerb der öffentl. Betriebe.
3. Förderung der beruflichen Leistungsfähigkeit und der Standesinteressen des Handwerks; freie Entwicklung der Verbände und Kammern, Innungen und Genossenschaften.
4. Fürsorge für die Ausbildung des jugendlichen Nachwuchses.

Wer daher will, daß Handwerk und Mittelstand aufblühen, der wählt

Liste Tegeder!

353

Achtung!

In der öffentlichen Versammlung
am Freitag, den 24. Januar, abends 7½ Uhr (im Schützenhof) behandelt Herr Arbeiterssekretär Osterroth das Thema:
Stellungnahme der Sozialdemokratie zu dem Beamtentum.

Alle Beamten werden freundlichst eingeladen.

Die Sozialdemokratische Partei
Kamen.

345

Deutsche demokrat. Partei.
Stimmzettel

347

find beim Wirt D. Biermann, Markt, und am Wahltag vor jedem Wahllokal zu haben.

Miet-Gesuche

Wohnung

von 5 Zimmern nebst

Badezimmer zum 1. April

oder früher gesucht.

Angebote unter Nr.

313 an die Geschäfts-

stelle der Kam.-Ztg.

1 Paar

Kinderschuhe

(Größe 26-27) zu

kaufen gesucht. 318

An erfr. in der Geschäfts-

stelle der Kam.-Ztg.

1 fruchtbarer

Phonograph

mit 20 Platten zu

verkaufen. Zu erfr. in

d. Geschäftsstelle der Kam.-Ztg.

Schneider-
lehrling

gesucht für sofort od. später.

Wilhelm Köhling,

Werkstr. 68.

Suche sofort ein

Mädchen

von 15-17 Jahre für alle

haus- und Landarbeit.

Angebote unter Nr. 325

an die Geschäftsstelle der

Kam.-Ztg.

Suche sofort einen tücht.

Landarbeiter

oder einen Jungen von

16-18 Jahren bei freier

Station. 297

Angebote unter Nr. 297

an die Geschäftsstelle der

Kam.-Ztg.

20 Mark
Belohnung

demjenigen, der mit

meinen braungefleckten

jungen Jagdhund wie-

derbringt oder über

den Verbleib Mitteilung

macht. 338

Meyer, Schlachthof,

Kamen.

Die Belohnung, die

ich gegen die Vergleiche

Paul John und August

Wittner ausgesprochen,

nehme ich als unabh.

zurück. 343

Frau Krause,

Dreierberg.

Deutsche demokrat. Partei.

Mitglieder:

346

Versammlung

am Samstag, den 25. Januar, abends

8 Uhr, beim Wirt C. Reinhard, Bahnhofstr.

Wegen Umzug

Restbestand

Damenmäntel, -Röcke, -Blusen und Pelze

zu bedeutend ermäßigten Preisen. 344

Versäumen Sie nicht Ihren Einkauf jetzt zu decken.

Gehr. Keil, Kamen, Bahnhofstr. 7.

Bekanntmachung.

Verkauf von Nähgarn.

Die in der Kundenliste in dem Geschäft Frl.

Abels Reiche eingetragenen Haushaltungen

und Gewerbebetriebe können gegen Ablieferung

der Ausgabemarle 3 der Nähadenkarte dabeist

die eingetragenen Nähfäden sofort abholen.

Kamen, den 21. Januar 1919. 341

Der Magistrat: Moeninghoff.

Als passendes Geschenk

empfehlen wir

Briefpapier

in Kasetten, in geschmackvoller

Aufmachung und reicher Auswahl.

Buchhandlung der Kamener Zeitung.

Weststraße 10.

Karbid-
Lampen

Großes Lager

bei 255

Carl Müller,

Kamen.

Große und kleine
Schweine

u haben bei 348

C. von der Heide,

Schlachthofstr. 44.

Schwein

zu verkaufen. 326

Otto Drewe,

Weddinghofen 40 a.

Drei

Butterkaninchen

m. fast neuer Stall

zu verkaufen. 321

Landwirt Behnke,

Nordbörge.

15-17 jähriger

Junge,

welcher mit Pferden

umgehen kann, f. Land-

wirtschaft sofort gesucht.

Offerten unter 317

an die Geschäftsstelle.

Holzverkauf

Weddinghofen.

Montag, den 27.

b. Mts., morgens

10 Uhr, läßt der

Landwirt Hollkötter

in seiner Waldung am

Hofe und in der Nähe

von Lewe in Hst. 90

Stücken langes star-

kes Eichen-Durch-

forstungsholz, 45

Stücken Tannen

Stämme u. Boh-

lenstangen, 10 St.

Buchen auf d. Stump-

fen u. 6 Morgen star-

kes Tannen-Abfall-

holz öffentlich meist-

bietend gegen Kredit

verkauft. Anfang am

Freitag.

Geil.

Brüggemann,

Auktionator.

Holzverkauf

Weddinghofen.

Dienstag, den 28. d.

Mts., morgens 10 Uhr,

läßt Herr Landwirt

H. Spielhoff in seiner

Waldung Forstst.

Hohenweg

160 Stammes-

riesenstangen u.

Treuhaltungen u. Gehr-

prühlen

nummerweise meist-

bietend verkaufen. Ver-

sammlung beim Wirt

H. Spielhoff resp. an

Ort und Stelle. 349

Töddinghausen,

24. Jan. 1919.

Blödmann, Förster.

Nr. 2

Die Ver

Heer u

Die „Köln-

deutschen Ver-

Beginn des

Mitteilungen

zum Teil der

eine nicht rich-

geben. Nach

Jamen Bearde-

beträgt der

liste Nr. 1284

1611 104, an

Bermischen 77

die einzelnen

Verlust wie f

Zot

1262

150

108

64

25

1611

Bei der

find bereits

die seit Anfa-

aus Gefange-

find. Bei der

rennen folge-

und deren

über deren

geben ist. Es

über die nicht

und die Zahl

ergeben bis

Samstag an

noch ausste-

fehlen noch

an der West-

die Verluste

liegen und

eingemahen

der roten

Wichtigkeit

men, die für

Verlust der

gerechnet. —

wie alles in

Bahnen, die

der Verluste

und den Höhe

Su den oben

Samstages

44 700 toren.

vermischen, in

Dieser Verlust

den Gesamtbe-

stehen K

1870/71, betru-

gieren und

unter 6247

den tschech-

mehr als 100

140 000 Offiz-

General v.

Waffenst

(17) In

Waffenstille-

Januar erbe-

Stellung Ver-

zu liegen

nur 4293

daß hier

Kommis-

erklärt

berichtet

materials

an den

französi-